

§27

Verdacht auf Vorliegen einer Straftat

(1) Ergibt sich der Verdacht einer Straftat, ist die Sache dem Staatsanwalt zur Entscheidung zu übergeben.

(2) Gibt der Staatsanwalt nach Überprüfung die Sache dem zuständigen Organ mit dem Antrag auf Einleitung eines Ordnungsstrafverfahrens zurück, ist für die Dauer der Überprüfung die Verjährung gehemmt.

§28

Vereinfachtes Verfahren für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten

(1) Der Ausspruch einer Verwarnung mit Ordnungsgeld bei geringfügigen Ordnungswidrigkeiten und die Eintragung über eine Verletzung ordnungsrechtlicher Pflichten oder die Vorladung zur Unterweisung über solche Pflichten erfolgt in einem vereinfachten Verfahren durch die hierzu ermächtigten Mitarbeiter. Die Verwarnung ist mit einer Belehrung über die verletzten Rechtspflichten zu verbinden.

(2) Ist der Rechtsverletzer bei Ausspruch einer Verwarnung mit Ordnungsgeld zur sofortigen Zahlung nicht in der Lage oder nicht bereit, ist eine Zahlungsfrist festzusetzen. Über die Bezahlung des Ordnungsgeldes ist ein Beleg in der vorgesehenen Form zu erteilen. Der Bürger ist auf sein Beschwerderecht hinzuweisen, wenn er die Bezahlung ablehnt.

**Durchführung kollektiver Beratung und Entscheidung
im Verantwortungsbereich der örtlichen Räte**

§29

Im Verantwortungsbereich der örtlichen Räte soll eine kollektive Beratung und Entscheidung über die Ordnungswidrigkeit erfolgen, wenn

- durch die Ordnungswidrigkeit die Erfüllung staatlicher Aufgaben oder das sozialistische Gemeinschaftsleben in stärkerem Maße beeinträchtigt wurde;
- sie aus Gründen der erzieherischen Einwirkung auf die Öffentlichkeit, insbesondere zur Vorbeugung weiterer Ordnungswidrigkeiten oder zur Verhinderung von Straftaten, geboten ist;
- eine nachhaltigere erzieherische Einwirkung auf den Rechtsverletzer erforderlich ist, weil der Bürger wiederholt seine gesetzlichen Pflichten verletzte und bisherige erzieherische Maßnahmen keinen Erfolg hatten, er seine Pflichten hartnäckig verletzte oder sich besonders verantwortungslos verhielt;
- mit dem Ausspruch von Erlaubnisentzug oder anderen strengen Maßnahmen zu rechnen ist.